

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 17/8981 –**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 25. November 2011
über die Errichtung des Sekretariats
der Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen
im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDPHS)**

A. Problem

Die Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDPHS) wurde durch die Deklaration von Oslo 2003 gegründet. Angestrebt wird eine größere politische und administrative Kohärenz im Ostseeraum, die Reduzierung sozialer und wirtschaftlicher Unterschiede sowie die Verbesserung der Lebensqualität. Die Partnerschaft hat aber bisher noch kein rechtlich selbständiges Sekretariat zur Koordinierung der kontinuierlichen Zusammenarbeit der Partner eingerichtet.

B. Lösung

Das Vertragsgesetz schafft die Voraussetzungen des Artikels 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Übereinkommens und damit zur Einrichtung eines rechtlich selbständigen Sekretariats für die NDPHS.

Annahme des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Gesetzentwurfs.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch das Vertragsgesetz wird der freiwillige Mitgliedsbeitrag des Bundes in einen Pflichtbeitrag umgewandelt. Es sind keine Haushaltsausgaben für die Länder und Kommunen zu erwarten.

E. Erfüllungsaufwand

Es ist kein unmittelbarer Erfüllungsaufwand für den Bund, die Länder und Kommunen zu erwarten.

E.1 Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger

Mit dem Gesetz werden keine Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger eingeführt, geändert oder aufgehoben.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Mit dem Gesetz werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft eingeführt, geändert oder aufgehoben.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Mit dem Gesetz werden keine Informationspflichten für die Verwaltung eingeführt, geändert oder aufgehoben.

F. Weitere Kosten

Es entstehen keine weiteren Kosten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/8981 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 28. März 2012

Der Ausschuss für Gesundheit

Dr. Carola Reimann
Vorsitzende

Dr. Harald Terpe
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Harald Terpe

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf **Drucksache 17/8981** in seiner 168. Sitzung am 22. März 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDPHS) wurde durch die Deklaration von Oslo 2003 gegründet. Angestrebt wird die Reduzierung sozialer und wirtschaftlicher Unterschiede, die Verbesserung der Lebensqualität sowie eine größere politische und administrative Kohärenz im Ostseeraum.

Die Hauptaufgaben der Gesundheitspartnerschaft sind die Reduzierung der Ausbreitung übertragbarer Krankheiten, die Prävention bei nichtübertragbaren Krankheiten und die Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung durch bessere Gesundheitsvorsorge. Hierzu sind die Stärkung der strukturellen Zusammenarbeit, die Unterstützung der Partnerstaaten beim Aufbau von Kapazitäten sowie die Förderung der Koordinierung der internationalen Aktivitäten erforderlich. Die NDPHS hat aber bisher noch kein handlungsfähiges, rechtlich selbständiges Sekretariat zur verwaltungstechnischen und analytische Unterstützung des NDPHS-Ausschusses und zur Koordinierung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit der Partner eingerichtet.

Nach Verhandlungen wurde am 2011 das Übereinkommen von den Regierungen der NDPHS-Partner gezeichnet. Das Vertragsgesetz schafft die Voraussetzungen des Artikels 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Übereinkommens zur Einrichtung eines rechtlich selbständigen Sekretariats für die NDPHS.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 63. Sitzung am 28. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/8981 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 17/8981 in seiner 69. Sitzung am 28. März 2012 aufgenommen und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/8981 anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass die Nördliche Dimension der politische Überbau für die Zusammenarbeit der EU mit dem nördlichen Nachbarstaat Island und der Russische Föderation sei. Der Gesetzentwurf schaffe die Voraussetzung zur Umsetzung des Übereinkommens vom November 2011 zur Gründung eines rechtlich selbständigen Sekretariats in nationales Recht. Damit werde einem von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP getragenen Antrag aus dem Jahr 2009 entsprochen. Das Sekretariat könne künftig die Partnerschaft nach Außen vertreten und als juristische Person selbständig agieren.

Die **Fraktion der SPD** unterstützte das Anliegen der Partnerschaften und die Einrichtung eines entsprechenden Sekretariats. Bisher sei im Ostseeraum von vielen Partnern Gesundheit nicht als Ziel definiert worden. Das Sekretariat werde diese Zielstellung künftig unterstützen können. Die aktuellen Themenschwerpunkte Gesundheit in Gefängnissen, Antibiotikaresistenzen und die Bekämpfung von HIV/Aids seien wichtig.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass die Nördliche Dimension bereits 2000 geschaffen worden sei. Damals seien die Verkehrsinfrastruktur und Umweltthemen im Mittelpunkt gestanden. Seit 2003 bildeten Gesundheitsthemen den Arbeitsschwerpunkt. Bereits damals habe man die Vollmitgliedschaft Deutschlands unterstützt. Deshalb sei die Zustimmung zur Einrichtung eines Sekretariats folgerichtig. Allerdings müsse darauf geachtet werden, dass die veranschlagten Kosten künftig nicht rapide anstiegen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begrüßte sowohl die institutionalisierte Zusammenarbeit als auch die inhaltliche Ausrichtung der NDPHS, da der Schwerpunkt nicht auf der Gesundheitswirtschaft, sondern auf zentralen gesundheitlichen Fragen liege.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hielt das Anliegen des Entwurfes für nachvollziehbar. Der Mehrwert für die gesundheitliche Entwicklung in den Regionen müsse allerdings kontinuierlich evaluiert werden, damit es sich nicht lediglich um die Schaffung von Versorgungsposten handele.

Berlin, den 28. März 2012

Dr. Harald Terpe
Berichterstatter